

Die „Vorwärts“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Tagespreis beträgt bei reiner Abrechnung im Voraus und durch die Post bezogen 20 Pfg., im Voraus zahlbar. Für Postbezugsnehmer sind die Postgebühren abgerechnet. Unter Drucklegung stehen für den Vertrieb, den Verkauf, das Einlegen und die Anfertigung der Briefmarken, die Besetzung der Briefkästen und die Verteilung der Zeitungen in den Briefkästen. Die Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Str. 6-8

Die Jahressubskriptionen kosten über den Raum kostet 6,- M., einschließlich Postgebühren. Kleinere Abrechnungen sind möglich. Das Jahressubskriptionspreis beträgt 5,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Postgebühren. Vierteljährliche Abrechnungen sind möglich. Das Vierteljährliche Subskriptionspreis beträgt 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M., in Wort-Abrechnungen: das Jahressubskriptionspreis beträgt 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

VORWÄRTS

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf der Werksangestellten

Der Streik beigelegt / Die Forderungen der Angestellten erfüllt

Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat sich die Streikbewegung auf sämtliche technischen und kaufmännischen Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke und Hafensbetriebe ausgedehnt. Das Verhalten des Magistrats in dieser Bewegung wird von verschiedenen Seiten als allerschärfste Kritik.

Bereits um 11 Uhr vormittags hat die Zentralstreikleitung der Angestellten dem Magistrat von der bevorstehenden Arbeitsniederlegung durch die technischen Angestellten Mitteilung gemacht und hat darauf hingewiesen, daß man den Straßenverkehr rechtzeitig einstellen sollte, um möglichst alle Wagen nach den Depots zu schaffen. Der Magistrat hat nach Rücksprache mit dem Stadtbaurat Dr. Weber die Durchführung dieser Maßnahmen abgelehnt. Als in der Technikerversammlung, über deren Verlauf wir weiter unten berichten, die Arbeitsniederlegung sämtlicher technischer Angestellten für zwei Uhr nachmittags beschlossen worden war, hat die Zentralstreikleitung die Direktion der Straßenbahn erneut darauf hingewiesen, daß die Einstellung des Straßenbahnverkehrs rechtzeitig vorgenommen werden sollte. Die Streikleitung hat angeboten, daß die Pufferbatterien für eine Stunde eingeschaltet werden sollen. Diese Maßnahme hätte ermöglicht, daß die unterwegs befindlichen Straßenbahnwagen ohne Personenbeförderung in ihre Depots hätten gefahren werden können. Auch dieses Angebot der Streikleitung wurde zunächst abgelehnt, man wollte die Straßenbahn fahren lassen, bis die Stromzufuhr eingestellt sei, um die Wagen einfach auf der Straße liegen zu lassen. Offenbar wollte man durch dieses Verhalten erreichen, daß sich angesichts der überall herumstehenden Straßenbahnwagen die allgemeine Antipathie der Bevölkerung gegen die streikenden Werksangestellten nicht so stark ausbreiten sollte. Der Magistrat hat aber wohl rechtzeitig eingesehen, daß diese Maßnahme denn doch etwas zu gefährlich sei, und das Angebot der Streikleitung angenommen. Gegen vier Uhr wurden die Pufferbatterien eingeschaltet und die Straßenbahnwagen in ihre Depots befördert.

Gestern vormittag hat der Demobilisationskommissar beschlossen, den am 2. November in der Frage der Angestellten gefällten Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Diese Maßnahme bedeutet auf jeden Fall eine Provokation der Angestellten, die dadurch in begriffliche Erregung versetzt und in ihrem Willen den Kampf zielbewußt und energisch durchzuführen nur noch mehr gefestigt worden sind. Die Maßnahme des Demobilisationskommissars bedeutet, daß der Schiedsspruch für beide Teile rechtserbindliche Kraft erhält und die Angestellten sofort wieder an die Arbeit gehen müßten, wenn sie sich nicht der Gefahr einer stillen Entlassung aussetzen wollten. Deshalb mußte die Erklärung des Demobilisationskommissars auf die Angestellten ebenso wirken, als wenn der Magistrat selbst die Arbeitsniederlegung mit der Erklärung der stillen Entlassung beantwortet hätte. Die Erregung der Angestellten ist um so begrifflicher, als der Magistrat selbst diesen Schiedsspruch, bevor er ihn annahm, mehrere Male abgelehnt hatte.

All diese Vorgänge haben keine andere Wirkung, als die Angestellten in ihrem Kampfwillen wesentlich zu stärken. Das einmütige Zusammenarbeiten der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen bietet die Gewähr dafür, daß dieser Kampf der Werksangestellten einen erfolgreichen Ausgang nehmen wird.

Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin und der Reichsarbeitsminister hatten inzwischen mit dem Magistrat und mit der Streikleitung Fühlung genommen, um einen friedlichen Ausgleich zu ermöglichen. Die Angestelltenverbände erklärten sich sofort zu Verhandlungen bereit. In den angebahnten Verhandlungen vertraten die Vertreter der Angestellten die bekannten Forderungen, die darauf hinauslaufen, daß der Magistrat die im Schiedsspruch vom 29. Oktober festgelegten Vergünstigungen auch für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September und diese Bedingungen über den 1. Oktober hinaus bis an weiteres anerkennen. Es sollen also das Besoldungsdienstalter für die städtischen Angestellten vom 21. Lebensalter an Gültigkeit haben und ferner soll das Höchstgehalt bereits nach dem 12. bzw. 14. Dienstjahre erreicht werden. Weiter soll für alle Angestellten jährlich (nicht wie es die Reichsbesoldungsordnung vorsieht) alle zwei Jahre eine Beförderungsmöglichkeit gegeben werden. Zu diesen Forderungen haben die Streikenden jetzt die neue Forderung gestellt, daß mit sofortiger Wirkung alle städtischen Angestellten in die nächst höhere Besoldungsklasse eingereiht werden.

Das Ergebnis der Verhandlungen wird, soweit es aus den ersten Stunden des Verlaufes sich voraussagen läßt, etwa folgendes sein: Dem Magistrat wird empfohlen werden, die Eingruppierung der Angestellten in der von ihnen geforderten Weise vom 21. Lebensjahre an vorzunehmen, die Höchstbesoldungsgrenze von 18 auf 13 bis 14 Dienstjahre herabzusetzen und die einjährige Besoldungssteigerung anzuerkennen. Die Forderung auf sofortige Eingruppierung aller städtischen Angestellten in die nächst höhere Besol-

ungsklasse wurde von dem Schiedsgericht abgelehnt, weil sie für die Stadt Berlin sehr große Mehrausgaben bringen würde.

Nach Beendigung der Besprechung im Reichsarbeitsministerium wird sofort der Magistrat zu einer Sitzung zusammengetreten. Die Streikleitung hat sich bereit erklärt, noch im Laufe der Nacht eine Versammlung der Streikenden zusammenzubringen, in der über eine neue Entscheidung des Magistrats beraten werden soll. Wenn die Magistratsentscheidung eine Zustimmung zu den hauptsächlichsten Forderungen der Angestellten bringt, so wird sich eine Wiederaufnahme der Arbeit in den Morgenstunden des heutigen Tages und die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs zur gleichen Zeit ermöglichen lassen.

Entgegen den Behauptungen einer bürgerlichen Korrespondenz, daß in den Krankenhäusern vielfach kein Strom sei und dringende Operationen nicht ausgeführt werden könnten, weist die Zentralstreikleitung darauf hin, daß die größte Zahl der öffentlichen Krankenhäuser eigene Stromversorgung hat. Die Streikleitung hat außerdem die Versorgung des Elisabethkrankenhauses in Oberschöneweide durchgeführt, so daß in Berlin ausreichende Möglichkeiten zur Vornahme von Operationen bestehen.

Der Streik beigelegt

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums waren die Parteien zu 3 Uhr nachmittags zu Einigungsverhandlungen geladen. Die Verhandlungen zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Zwischen den beiderseitigen Verhandlungskommissionen wurde schließlich folgendes vereinbart:

Für die Tarifzeit vom 1. April bis 30. September 1921 wird der Schiedsspruch vom 29. Oktober erfüllt. Ab 1. Oktober 1921 erfolgt Annahme des Schiedsspruches vom 21. November unter Beibehaltung des 21. Lebensjahres als Beginn des Besoldungsdienstalters. Die Anstellungszeit in Besoldungsgruppen wird entsprechend dem Schiedsspruch vom 29. Oktober auf 13 bzw. 14 Jahre verkürzt. Weiter sind einjährige Steigerungsschritte für die Jahresgehälter zur Durchführung zu bringen. Für die Tarifgruppen 1-4 wird ab 1. Oktober eine Erhöhung der Gehälter um 500 Mark pro Jahr gewährt mit der Maßgabe, daß ab 1. Januar kommenden Jahres eine Berechnung mit einer eventuellen Erhöhung eintritt.

Wie wir hören, betrachtet die Zentralstreikleitung unter der Voraussetzung, daß der Magistrat seine Zustimmung erteilt, die Forderungen der Streikenden als erfüllt.

Die Zentralstreikleitung hat unter derselben Voraussetzung die sofortige Inangabe der Betriebe angeordnet.

Um den achten Lohnstarif

Der Schiedsspruch über die Lohnsätze

Wie wir bereits berichtet haben, tagte gestern das Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, um eine Entscheidung über die Forderungen der städtischen Arbeiter für den 8. Lohnstarif zu fällen. Die Forderung der Arbeiter für diesen neuen Tarif der vom 1. Dezember an Gültigkeit haben soll, bestand in einer Erhöhung des Stundenlohnes um 2,50 Mark. Dagegen hatte der Magistrat in seiner Vorlage angeboten, die den Reichsarbeitern entsprechenden Sätze zu zahlen. Dieser Vorschlag sah eine Erhöhung der Stundenlöhne vor für Handwerker um 1,80 Mark, für angelernte Arbeiter um 1,60 Mark, für ungelernete Arbeiter um 1,50 Mark und eine Erhöhung der Kinderzulage auf 80 Pfg. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch geht über die vom Magistrat vorgeschlagenen Sätze ganz erheblich hinaus und kommt der Forderung der Arbeiter ziemlich nahe. Er hat folgenden Wortlaut:

Angelernte und ungelernete Arbeiter erhalten zu den bisherigen Sätzen des 7. Tarifs eine Stundenlohnzulage von 2,50 Mark, Handwerker eine solche von 2,70 Mark. Die entsprechende Regelung der übrigen Gruppen bleibt auf der Grundlage der Zulage der Handwerker der Vereinbarung der Parteien überlassen. Für jedes noch zu versorgende Kind bis zum 21. Lebensjahre wird entsprechend den Vorschlägen des Magistrats eine monatliche Beihilfe von 1,75 Mark gezahlt. Im übrigen bleibt es bei den Bestimmungen des 7. Lohnstarifs resp. des 3. Vergütungstarifs. Die Parteien haben sich bis zum 3. Dezember 1921 einmütlich über die Annahme oder Ablehnung der Sätze zu entscheiden. Dieser Tarifvertrag gilt vom 1. Dezember bis 31. Dezember.

Heute abend tagt in Kleins großem Saal, Hasenheide, eine vom Lohnstarif für die Gemeindebetriebe einberufene Funktionärerversammlung, die zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen wird. In den Kreisen der beteiligten Gewerkschaften ist man der Auffassung, daß dieser Schiedsspruch nach Lage der Verhältnisse für die städtische Arbeiterschaft günstig ist; es ist wohl damit zu rechnen, daß er angenommen werden wird.

Der heilige Urin

Im vornovemberlichen Deutschland hatte der Reichstag nichts zu sagen, die Abgeordneten mußten sich daher auf das Reden beschränken, um wenigstens agitatorisch zu wirken. Der Reichstag war nur ein Feigenblatt für die kaiserliche Autokratie, die ihrerseits wieder eine vortreffliche Sachwalterin der kapitalistischen Interessen war.

Nach der republikanischen Reichsverfassung ist die Stellung des Reichstages theoretisch eine andere, und sie könnte auch praktisch anders sein als früher, wenn sich die Parteien danach einrichteten.

Der Reichstag hat sich jedoch noch immer von der Abhängigkeit, die ihn an die Bureaucratie in den Ministerien fesselt, nicht freigemacht. Nicht nur die Minister, sondern auch der Reichstag ist von dieser Bureaucratie abhängig — eine Tatsache, unter der gerade die Arbeiterparteien leiden. Für die Reformen, die der Bureaucratie nicht passen, bereitet sie entweder überhaupt keine Gesetzentwürfe vor, oder sie verfrachtet sie solange, als es irgend geht. Dafür einige Beispiele:

Am 5. November 1920 hatte die Reichsregierung dem Reichstage versprochen, ihm mit „tunlicher Beschleunigung“ einen Gesetzentwurf vorzulegen, der besonders dringende Änderungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte enthalten werde. Insbesondere soll darin die Aufhebung der bisherigen selbständigen Spruchbehörden der Angestelltenversicherung und ihre Zusammenlegung mit den entsprechenden Spruchbehörden der Arbeiterversicherung unter völliger Wahrung der Sonderrechte der versicherten Angestellten vorgeschlagen werden.

Doch die Regierung denkt, und Aurin lenkt. Aurin will keinen solchen Gesetzentwurf, folglich erhält der Reichstag keinen. Aurin ist nämlich derjenige Bureaucrat, dessen Kesselt diesen Gesetzentwurf mit vorzubereiten hätte. Zwar ist inzwischen dem Reichstag ein Gesetzentwurf über die ungeheuer löstpielige Angestelltenversicherung zugegangen, aber er enthält nicht das, was im November 1920 die Regierung ohne vorherige Zustimmung des Ministerialrats Aurin versprochen hat.

Als später in einem Reichstagsausschuß die Abgeordneten von dem Regierungskommissar Aurin zwar keinen Gesetzentwurf, aber wenigstens das erforderliche Material zur Vereinheitlichung der Sozialversicherungsgesetze verlangten, hatte Aurin keines. Aurin hat das Vorurteil für sich, als Sachverständiger zu gelten und von den Nichtfachmännern als unantastbar betrachtet zu werden.

Ohne Aurin ist eben nichts zu machen, wenn nicht jemand anderes, entweder die Reichstagsaktionen oder sonst wer, den Gesetzentwurf selbst ausarbeitet. Das aus bürgerlichen Sozialpolitikern bestehende „Bureau für Sozialpolitik“ hat jetzt denjenigen Gesetzentwurf durch bürgerliche Versicherungssachverständige ausarbeiten lassen, den die Regierung am 5. November 1920 dem Reichstag versprochen hatte, den aber Ministerialrat Aurin sabotiert hat. Es geht also merkwürdigerweise auch ohne Aurin!

Wenn sich die Angestellten und Arbeiter bei all den erforderlichen sozialpolitischen Maßnahmen auf den guten Willen der Aurine verlassen würden, wären sie wirklich verlassen. Das Beispiel des Bureaus für Sozialpolitik zeigt aber, daß weder der Reichstag noch die Arbeiter und Angestellten auf die Staatsbureaucratie angewiesen sind, sie sich vielmehr auch selbst helfen können. Die Gewerkschaften könnten entsprechende Gesetzentwürfe ohne die gütige Mitwirkung der dafür bezahlten Staatsbureaucratie entwerfen und durch die Arbeiterparteien im Reichstag einbringen.

Was hier über die staatliche Versicherung gesagt ist, gilt auch für die gesamte Arbeiterschutzgesetzgebung. Ist es nicht ein Trauerspiel, daß die Republik mit dem „freien Wahlrecht der Welt“ unzählige Bureaucraten beschäftigt, die jahraus, jahrein über Gesetzentwürfen brüten, ohne daß dabei etwas anderes als keine Gelegenheits- und Verlegenheitsgesetze herauskommen? Wo ist der Minister, der in irgendeiner Frage einen großen Wurf getan hätte? Bisher hatte auch die Republik nur Minister, die kleine Scharwerker waren — weil die Kapitalisten tatsächlich noch die Macht in den Händen haben und den Staatsapparat beherrschen. Die Bureaucratie hat außerdem noch ihren eigenen Beharrungsstand, der jeder durchgreifenden Neuerung abhold ist. Die Staatsbureaucratie hat keine Lust, aus ihrem beschaulichen Dasein herauszutreten und in sozialpolitischer, kultureller oder sonstiger Beziehung bestrafend auf eine Neugestaltung hinzuwirken.

Der Fortschritt in all diesen Fragen muß außerhalb des Parlaments gegen die Unternehmer erkämpft und daneben muß im Parlament noch der Widerstand der trägen Staatsbureaucratie besonders überwunden werden.

Soweit es sich um den notwendigen Schutz der Arbeitererschaft handelt, würden die freien Angestellten- und Arbeitergewerkschaften gewiß genug sein ihre Wünsche zu formulieren und zu parographieren. Es wird Sachverständige juristischer und wirtschaftlicher Art, die weder in Amt und Würden sind, noch von der Industrie besetzt werden, genug geben, die zur Mithilfe bereit sind. Die Ge-

Aus dem Landtag

Aussprache über den Inneneisatz

Im Preussischen Landtag wurden gestern zuerst einige kleine Anfragen erledigt. Dann wurde die Aussprache über den Inneneisatz des Innern fortgesetzt. Der Demokrat Dr. Berndt wünschte eine Reform der inneren Verwaltung dergestalt, daß der Bürokratismus ausgemerzt wird und nur solche Beamte verwendet werden, die auf dem Boden der Verfassung stehen. Dann sprach der Minister des Innern, Herr Severing, der sich in der Hauptsache auf die Abwehr beschränkte und sowohl gegen die Deutschnationalen als auch gegen die Kommunisten polemisierte. Seine Rede war sehr breit angelegt. Dementsprechend war auch die Wirkung nicht stark. Severing betonte, daß er sowohl auf das Vertrauen der Deutschnationalen als auch auf das der Kommunisten verzichte. Der Ausnahmeerlass des Herrn Dominicus gegen die Bestätigung kommunistischer Gemeindevorsteher sei nun ihm zurückgezogen worden, und er habe angeordnet, daß die Bestätigung nur dann zu versagen sei, wenn die Person zum gewaltsamen Umsturz der demokratischen Verfassung auffordere.

Dann verteidigte Severing seine Haltung während des mitteldeutschen Aufstandes. Er hob hervor, daß während dieser Kämpfe in Mitteldeutschland von der Schutzpolizei insgesamt 34 Mann getötet und 54 verwundet wurden. Von der Zivilbevölkerung waren 145 Tote und 51 Verwundete zu beklagen. Für diese Opfer seien diejenigen verantwortlich, die den unseligen Aufstand heraufbeschworen hätten. Von der Schutzpolizei behauptete Herr Severing, daß diese immer mehr ein zuverlässiges Instrument in den Händen der Regierung werde. Parteipolitische Antriebe werde er nicht dulden, gegen Ausschreitungen jeder Art rücksichtslos eintreten. Die noch bestehenden Selbstschutzorganisationen würde er rücksichtslos auflösen. Die Auflösung der „Arbeitsgemeinschaften“ sei auf seine Initiative hin von der Reichsregierung bereits erfolgt. Die Berichte der kommunistischen Vertrauensleute über die Märaktion hätten gewiß haarsträubende Einzelheiten enthalten. Eine Veröffentlichung des Materials über die „Arbeitsgemeinschaften“ würde aber die Öffentlichkeit, mindestens ebenso in Erfahrung bringen, insbesondere würden die Parteien der Rechte davon ebenso unangenehm berührt werden, wie die kommunistische Partei durch die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Berichte. Leider stellte Herr Severing eine Veröffentlichung dieses Materials nicht in Aussicht. Die Öffentlichkeit muß aber genau erfahren, was die Rechtsparteien planen, wenn ihr nicht vorzuenthalten wird, welche Absichten die Kommunisten hegen.

Nach Severing sprachen dann die Abgeordneten von Egnern für die Deutsche Volkspartei und Dr. von Dröbner für die Deutschnationalen. Beide stellten sich auf den Boden der Verfassung, und in der Tat zeigte sich zwischen beiden Rednern nur der Unterschied, daß der Volksparteiler langstielig sprach, während der Redner der Deutschnationalen die Forderungen seiner Partei durch schärfere Betonung lebendiger machte. Herr von Dröbner hob insbesondere hervor, daß zwischen Volkspartei und Deutschnationalen kein wesentlicher Unterschied bestehe. Beide Parteien seien Anhänger der Monarchie, der monarchistische Gedanke werde von den Deutschnationalen lediglich etwas schärfer hervorgehoben. Das sei der ganze Unterschied. Von einigen persönlichen Epithen gegen Severing abgesehen, klang aus der Rede des Herrn von Dröbner sehr deutlich der Unterton heraus: Wir sind im Grunde genommen ebenso koalitionsfähig wie die Volkspartei, wir stehen ebenso fest wie diese, natürlich nur vorübergehend, auf dem Boden der Verfassung, also nehmt uns so schnell wie möglich mit in die Regierung auf.

Herr Severing polemisierte dann noch einmal kurz gegen die Deutschnationalen, dann sprach für die Unabhängige Fraktion Genosse Rabold, der sich noch einmal dagegen wendete, der Polizei das Amt eines Stützwächters zu übertragen. Sie sei dazu absolut ungeeignet. Der Schmutz in Wort und Bild und die Schuldliteratur werde am besten dadurch bekämpft, daß man dem Volke an Stelle der schlechten kost gute Kost vorsetze. Die Arbeiterpresse leistet darin, im Gegensatz zur bürgerlichen, Vorbildliches. Das sei auch schon von bürgerlicher Seite anerkannt worden. Eingegen würde durch den Roman und den sonstigen Unterhaltungsstoff der bürgerlichen Presse der Schundliteratur der allergrößte Vorstoß geleistet.

Genosse Rabold wandte sich dann dem Staatskommissariat für öffentliche Ordnung zu und sagte, daß dieses von Anfang an einen Herb der politischen Korruption gebildet habe. Das sei heute noch nicht anders. Trotz der vielen Verbote und Aufsichtsbefehle beständen immer noch sogenannte Selbstschutzorganisationen. In Berlin habe erst lehtthin wieder eine Tagung derartiger Organisationen stattgefunden. Wenn Herr Severing gesagt habe, er werde gegen alle Ausschreitungen der Schupo rücksichtslos vorgehen, so sei das eine Wiederholung einer alten Melodie. Wo sind, so fragte Genosse Rabold, die Taten? Im Dezember vorigen Jahres ist der Zehlendorfer Polizeieinheit nachgewiesen worden, daß sie mit Wissen ihres Hauptmanns große Mengen Waffen verkauft und den Gewinn unter sich verteilt hat. Nach einem Jahre schwebt gegen diese Polizeieinheit noch immer das Verfahren. Wann werden endlich die Schuldigen bestraft, Herr Severing? Die Ausschreitungen der Schupo sind nicht vereinzelt, es sind Symptome der militaristischen Einstel-

lung. In Elberfeld wurde der Schutzpolizei nachgewiesen, daß sie mit Wissen der Offiziere fünf unshuldige Arbeiter, die widerrechtlich verhaftet wurden, in der grausamsten Weise mißhandelt hat. In einem Prozeß gegen vier dortiges Parteiblatt wurde der Redakteur freigesprochen, weil die Behauptungen erwiesen werden konnten. Wo ist die Klage gegen die Beamten, die an den Mißhandlungen beteiligt waren? Die Hundertschaft z. B. ist ein regelrechtes Verbrechernetz. Wenn jetzt im Mosbiter Gerichtssaal der Versuch gemacht wird, die Verbrecher dieser Hundertschaft damit zu verdeden, daß man dieser Hundertschaft das Zeugnis ausstellen läßt, sie habe ein hohes „vaterländisches Pflichtgefühl“ geübt, dann muß endlich einmal gesagt werden, daß die Arbeiter von diesem Schwindel nichts mehr hören wollen. Vaterland und Verbrechen ist bei dieser Gesellschaft eins. Wenn die Richter auf einen derartigen faulen Zauber hereinfallen, dann müssen sie eben mit den Verbrechern in einen Topf geworfen werden.

Genosse Rabold sprach zum Schluß gegen die Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Die Arbeiterschaft werde wieder einmal in eine neue Illusion gestürzt, deren Folge eine tiefere Zerklüftung sei, und den Ruhen hätten die Rechtsparteien. Trotz aller Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien mühte die Arbeiterschaft aller Richtungen zur Einigung kommen, denn nur dieser Weg ermögliche ein Vorwärtkommen.

Schließlich sprachen noch die Abgeordneten Krüger (Soz.) und Dr. Meyer (Komm.). Beide Redner beschäftigten sich in der Hauptsache mit den Dokumenten über den mitteldeutschen Aufstand, der eine, um die Kommunisten anzuklagen, der andere, um die Haltung der Kommunisten zu rechtfertigen. Dr. Meyer betonte am Schluß seiner Rede ebenfalls die Notwendigkeit der Einigung und wünschte, über die Geschichte des mitteldeutschen Aufstandes das Gras wachsen zu lassen. Sein Versuch, Gegensätze innerhalb der Unabhängigen Partei aufzudecken, scheiterte, aber er brachte damit das Parlament auf das Niveau eines kommunistischen Zahlenspiels. Die Unabhängige Fraktion hat es vermocht, im Landtag auf den Kommunisten heranzuhäufen, nachdem das schon in einem sehr reichlichen Maße von anderer Seite geschehen war. Wenn die Kommunisten aber wünschen sollten, daß wir uns an einer solchen Auseinandersetzung beteiligen, werden wir bei passender Gelegenheit der Herausforderung Folge leisten und einmal Fraktur mit ihnen reden.

Die Aussprache über den Inneneisatz ging gegen 7 Uhr zu Ende. Die Abstimmung über die Anträge wurde auf Mittwoch vertagt. Das Haus trat dann in die Beratung des Etats für Volkswohlfahrt ein. Der Zentrumsabgeordnete Fahndler sprach als Berichterstatter und wurde dauernd durch Juruse: Aßhögger unterbrochen. Nach ihm sprach der neue Minister für Volkswohlfahrt Hirtzießert, dessen Rede wir in der Abendausgabe veröffentlichen werden. Die heutige Sitzung wird um 11 Uhr beginnen.

Aus dem Untersuchungsausschuß

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages wurde am Dienstag Bericht aus den Strafkassen betr. die Vorgänge in Mitteldeutschland, erstattet. Aus den Strafkassen Hölz wurde festgestellt, daß Hölz und seine Leute Mißhandlungen an den Geiseln vorgenommen haben. Ferner wurde festgestellt, daß bei den Strafkassen, welche die Sprengung der Produktionsgenossenschaft betreffen, sich bereits seit dem 16. August die Erklärungen von Dema und Bowitz befinden. Die Erklärungen waren vom Staatskommissar für öffentliche Ordnung dem Gericht überhandt worden, weil ein Teil ihres Inhalts auf die Sprengung der Produktionsgenossenschaft Bezug hat. Die Akten sind seit dem 16. August vom Gericht bearbeitet worden.

Bezüglich des Zeitungs-Materials war vor etwa 10 Tagen die Veröffentlichung freigegeben worden. Der Ausschuß beschloß den Staatskommissar für öffentliche Ordnung als Zeuge über das Zeitungs-Material zu vernehmen, und zwar über die Art und Weise, wie das Material in seine Hände kam und über die Glaubwürdigkeit des Materials. Ferner wird als Zeuge der leitende Arzt des Leunawerkes geladen werden gegen den die Beschuldigung erhoben wurde, er habe die Verwundeten ohne ärztliche Hilfe gelassen. Schließlich werden einige Schutzpolizeibeamte als Zeugen über verschiedene Erschießungen vernommen werden.

Der Kampf gegen die Vermögenssteuer

Die Unzulänglichkeit der Steuervorlagen der Regierung ist den bürgerlichen Parteien immer noch nicht groß genug. Jede Bestimmung des Vermögenssteuergesetzes wird von ihnen zu mildern gesucht. In der gestrigen Sitzung des Steueraussschusses des Reichstages entspann sich eine Diskussion über die von allen bürgerlichen Parteien eingebrachten Anträge auf Befreiung des von der Regierung als Bewertungsgrundlagen vorgeschlagenen gemeinen Wertes. An dessen Stelle soll der Ertragswert mit all den Vergünstigungen treten, die beim Notopfer für die Landwirtschaft und das Betriebsvermögen eingeführt worden sind.

Abg. Westermann (D. Sp.): Die hohe Bemessung des gemeinen Wertes werde die Veräußerung des Grundbesitzes zur Folge haben. Man müsse deshalb den dauernden gemeinen Wert abzüglich einer angemessenen Abnutzungsquote zugrunde legen. Abg. Mollenhuth (S. P.) tritt für die Einschätzung nach dem gemeinen Wert ein und befrwortet die Regierungsvorlage. Abg. Pohlmann (Dem.): Mit Rücksicht auf die Reste

der Zwangswirtschaft könne man den gemeinen Wert nicht zugrunde legen. Die Regierungsvorlage bringe den Grundbesitz in schwerste Gefahren weil sie ihn mobilisiere. Abg. Möstke (Dnati.) klagt über die notleidende Landwirtschaft. Jede zu hohe Entziehung von Kapital gefährde sie. In der Landwirtschaft dürften nur die dauernden Verhältnisse berücksichtigt werden. Die Landwirtschaft habe durch die Getreideumlage einen Verlust von 6,6 Milliarden Mark! Abg. Gerold (Zentr.) spricht ebenfalls gegen die Regierungsvorlage und für die Uebernahme der Bestimmungen der Abgabenordnung über die Wertermittlung.

Abg. Beth (U. S. P. D.): Die Frage, ob gemeiner Wert oder Ertragswert ist keine Frage nach der Befreiung steuerlicher Ungerechtigkeiten, sondern der Verluh der Milderung der Vermögenssteuer. Diese Absicht haben alle Anträge. Gerade bei der Landwirtschaft ist das unerträglich. Sie ist bei der Vermögenszulagabgabe gewaltig begünstigt worden, ebenso beim Notopfer und noch mehr durch den späteren Erlaß der Regierung. Keiner Erwerbsschicht geht es so glänzend wie ihr. Die Landwirtschaft verdient deshalb keine besondere steuerliche Berücksichtigung, sie muß im Gegenteil stärker geschont werden, weil sie bisher ungewöhnlich stark geschont wurde. Wir treten nachdrücklich für die Regierungsvorlage ein, obwohl sie uns nicht weit genug geht.

Klassenbewußtsein

Uns wird geschrieben:

Durch die gesamte Presse der S. P. D. geht in letzter Zeit der Klageruf, daß einzelne sozialdemokratische Arbeiter oder ganze Betriebsvertretungen — soweit sie sich zur S. P. D. bekennen — entgegen den Beschlüssen der Parteinstanzen sich in bestimmten Fragen mit ihren Klassengenossen von der U. S. P. D. und K. P. D. zu gemeinsamen Entschlüssen oder gar Demonstrationen verbinden. Man versucht in der S. P. D.-Presse, diese Leute von sich abzuschütteln, indem man mit Worten wie „der Betreffende war von der Partei nicht beauftragt“ oder „der Mann ist unsern Funktionen unbekannt“ über diese für die Instanzen der S. P. D. unangenehme Erscheinung hinwegzukommen. Würde es nicht richtiger sein, wenn man einmal den Ursachen dieser „Disziplinwidrigkeiten“ auf den Grund ginge? Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß trotz aller Streitigkeiten zwischen den Arbeiterparteien, in den Betrieben bei den Arbeitern und Angestellten selbst das Gefühl der Zusammengehörigkeit immer wieder die Oberhand gewinnt. Besonders, wenn es gilt, dem Unternehmer entgegenzutreten oder wenn — wie in dem Falle des Hungerstreiks in Lichtenburg — das eigene Fleisch und Blut gefährdet ist. Wir machen uns das Schlagwort von der Einigung der Arbeiterschaft über die Köpfe der Führer hinweg nicht zu eigen; aber der gesunde Instinkt der Massen wird von einem Teil der mehrheitssozialistischen Führer in einer Weise verkannt, die uns zu dem Glauben bringen muß, als hätten diese Führer das gemeinsame Denken und Fühlen mit der Masse verloren.

Wir wollen belächeln nicht allen Führern der S. P. D. absprechen, daß sie das proletarische Denken verlernt haben, jedoch wenn man sich vergegenwärtigt, wie zum Beispiel der Görlicher Beschluß zur Koalitionsfrage zustande kam, wie in Gdrlitz von wenigen führenden Köpfen, von Ministern und solchen, die es werden wollten, der Meinungsentscheidung auf dem Parteitag zustande gebracht wurde, braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei der ersten besten Gelegenheit die Massen ihrem Klassenzugehörigkeitsgefühl folgend, derartig widernatürlich zustande gekommenen Beschlüssen die Gefolgschaft verlagern und auch wider Parteitagbeschlüsse und entgegen von Entschlüssen der Parteibureauratie, ihrem proletarischen Herzen folgen und mit ihren Arbeitsbrüdern anderer Partirichtungen im Kampf gemeinsame Sache machen. Das ist im Grunde genommen eine psychologische Erscheinung, über die sich auch die „Staatsmänner“ innerhalb der S. P. D. freuen müßten, aber sie lassen sich nicht gern ihre Kräfte stören. Ein Arbeiter, der seiner andren Meinung offen Ausdruck gibt, gilt ihnen als Störenfried und muß abgeschüttelt werden.

Man möge mich nicht mißverstehen: es braucht kein absichtlicher Verrat der Arbeiterschaft von gewissen Führern der S. P. D. beabsichtigt zu sein, sie haben eben den Zusammenhang mit dem Fühlen der Massen verloren und verfolgen Arbeiterpolitik, wie sie sie auffassen. Man braucht die Hoffnung nicht aufzugeben, daß es auch innerhalb der Führerschaft der S. P. D. dämmern wird. Auf die Dauer läßt sich das Klassenbewußtsein der Kopf- und Handarbeiter nicht dämpfen. Es wird die Zeit kommen, die die Parteischranken zwischen der Arbeiterschaft einreißt. Dann wehe den Führern, die sich aus Unverständnis dem Ruf nach Einigung und Einigkeit widersetzen. Die Geschichte wird über sie hinweggehen. Ueber allem Haber wird das Klassenbewußtsein triumphieren.

Auch wir sind der Meinung, daß der aus den Massen kommende Ruf nach Einigung schließlich alle Parteischranken niederreißen und eine große einheitliche Arbeiterbewegung schaffen wird. Voraussetzung dafür aber ist, daß die Arbeiterschaft sich zu nächst, unter Einhaltung proletarischer Disziplin und unter Ausschaltung parteitaktischer Kniffe und Sonderinteressen, auf dem Boden gemeinsamer praktischer Handlungen zusammenfindet. Wenn die Arbeiterschaft die Einigungsfrage unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, werden die schädlichen Elemente, wosie auch stehen mögen, von den Ereignissen sehr bald fortgesetzt werden.

Eine logische Folgerung.

Wo strenge Grundsätze hinsichtlich der Güte des Rohstoffes walten, wo ferner ein verlässlicher Fachmann die Verarbeitung persönlich überwacht, muß das fertige Erzeugnis hervorragend sein.

* Beide Voraussetzungen sind bei uns gegeben *

Bleiben Sie also bei der guten Massary-Zigarette!

Massary-Classé 50.8 Caid 60.8 Roal 70.8



Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Größte Auswahl - Enorme Vorräte

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus grünen, stabilgrauen und braunen Fischgräten- und Diagonalgeweben, hervorragende Qualitäten M. 600 **550⁰⁰**
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus hell und dunkelgemusterten Flausch-, Homespun- und Diagonalstoffen M. 800 **700⁰⁰**
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikkaten in wundervoll hellen und dunklen Farbenstellungen M. 1800, 1500, 1200, 1000 **900⁰⁰**
Winter-Paletots aus vorzüglichem Marengo- und schwarzen Stoffen M. 1550, 1200, 1000, 900 **800⁰⁰**
Winter-Joppen aus bestem Lodenstoff, warm gefüttert, Interims- und Sportform M. 600, 500, 450, 350, 300, 250 **175⁰⁰**

Knaben- und Jünglings-Ulster in allen Fassons zu mäßigen Preisen
Uebergangs-Ulster Schlüpfer u. Raglans u. Homespun, u. Cheviot M. 1000, 900, 750, 600 **475⁰⁰**
Uebergangs-Paletots a. Marengo Cheviot, in guten Qualitäten M. 800, 700 **575⁰⁰**
Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschl. in Fasson in guten Qualit. M. 1200, 900, 750, 550, 450 **350⁰⁰**

Jackett-Anzüge aus gute, biagr. grün- gestreiften und anderen billigen Stoffen hergestellt M. 600, 500 **450⁰⁰**
Jackett-Anzüge aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig auch Homespun M. 600, 750 **690⁰⁰**
Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kammer- und Cheviotstoffen, in blau und farbig M. 1500, 1350, 1200, 1000 **900⁰⁰**
Sport-Anzüge aus prima Loden- u. Homespun- Stoffen, mit Brooch-Hosen M. 1000 **850⁰⁰**
Hosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten angesetzt mit M. **55⁰⁰**
Schulanzüge in verschiedenen Fassons und Qualitäten M. 200, 150 **120⁰⁰**

Pelzjoppen von M. **375⁰⁰** an
Fahrpelze für Chauffeurs, Landwirte und Wächter von M. **400⁰⁰** an
Ulster aus dauerhaften Stoffen, außergewöhnlich billig M. 400, 350 **285⁰⁰**
Herren-Westen mit Aermeln, mit Kapok wattiert, gegen sibirische Kälte M. **65⁰⁰**

Engl. Offiziersmäntel in braun-rotter Farbe, aus dickem, wasserfestem und warmem dicken Wolstoff mit weißem Leibfutter M. **550⁰⁰**
Amerikan. Mäntel in braun-rotter Farbe, erstklassig, Fabrikat hoch- und raffiniert M. **250⁰⁰**
Anzüge dreiteilig aus sehr haltbaren Stoffen M. 400, 300 **200⁰⁰**
Herren-Litewken aus Bockskin Aermel gefüttert M. 150, 125 **100⁰⁰**

Geh- und Sportpelze

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikots und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
 7 1/2 Uhr: Maffie Mensch
 Neues Volkstheater
 8 Uhr: Die Wildente
Staatstheater
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Der Fischer
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Kammerspiele
 am 1. Male
 Der Schwärmer
Wohlfühl-Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Operette
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Romödienhaus
 Die Fahrt ins Blaue
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Prinzessin Olala
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Walther-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Nixchen
 Romische Oper
Trianon-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Waldhalla-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Das weisse Land
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
Waldhalla-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten

Casino-Theater
 Der Weg zum Glück
Zeissfeldtheater
 M. Steckelmann
Münzen
Münzen
Glühlampen
RAUCHERDANK!

Zuban
 Aus edelsten Orienttabaken
Zigaretten

PELZWAREN
 auf Teilzahlung
 Pelzwarenfabrik Kallis
 Tille-Wardenberg-Str. 11
 am Bahnhof Tiergarten

Kupfer 44
 stets höchste Preise für
Altmetalle
Metalle
Metalle
Zuckermann
Altmetalle
Metalle
Parzellen

Der beste Schuhputz ist Urbin
 Millionenfach verbraucht man ihn
 Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich **Urbin-Terpentinölware**, die noch nie erreichte Qualität.

Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin
Ordentliche Ausschreibung

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
General-Versammlung

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

Niedrige Preise!

Angebot für 2 Tage!

Pelzmäntel, Seal Electric	6600, 8750, 10300, 12750
Plüschmäntel auf Goldbrocat	2700
Sealplüschmäntel	3150
Reinwollene Tuchmäntel	518
Ulster	185, 350, 690
Astrachanmäntel	300, 450
Krimmermäntel	1400
Gummimäntel für Damen	360
Gummimäntel für Herren	479
Kostüme	186, 260, 375, 580, 800-3000

Passende Weihnachtsgeschenke!
 Nur vormittags 9-12 Uhr

Kunstseidene Strickjacken	160
Röcke	66
Imprägnierte Mäntel	186
Lodenmäntel	265

WESTMANN

Berlin W8 Mohrerstrasse 37a Berlin NO 18 Gr. Fränkfurter Str. 115

Wir kaufen: Weimann Kaninfelle zu besten Preisen
Pfischpatsch & Co.

Freiheit-Abonnenten
 erhalten als **Weihnachts-Prämie** den **Ledebour-Prozess**
 gebunden statt 40.- Mark für 25.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“
 Berlin C 2, Breite Str. 5-9

Westmanns
Ala

Botenfrauen sofort gesucht
 Hauptexpedition
 C. 2, Breite Straße 8-9
 Expedition W. Senne
 D. 17, Laskerstraße 2
 Expedition Kruger
 Neukölln, Emser Str. 32
 Tour: Neuenhoferstraße - Wasserturm

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a.

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer, tolle auf Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner: Damen-Kostüme, -mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzbüchse 300, Zobelbüchse 400. Blau-, Silberbüchse, Skunks, Wölfe, Luchse. Sportpelze 800, Gehpelze 1500, Pelzmäntel 2000. Keine Lombardwaren!

Klasse 1000 Prozent und die erste Klasse 1500 Prozent betragen soll, wurde angenommen.

Eine weitere Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet in dieser Woche nicht statt.

Unlautere Konkurrenz

Vom Deutschen Musikerverband wird uns geschrieben: Wiesbaden sind 14 Berufsmusiker durch Tarifunterbrechung von Beamtenmusikern unter Leitung des ehemaligen Militärkapellmeisters Prägnarsky brotlos geworden.

An das Groß-Berliner Publikum richtet der Musikerverband daher die dringende Bitte, den „Sportpalast“ so lange zu meiden, bis die Beamtenmusiker entlassen und an deren Stellen arbeitslose Berufsmusiker eingestellt sind.

Der Dank des Vaterlandes

Den Dank des Vaterlandes haben alle Kriegsteilnehmer in so hohem Maße erfahren, daß sie neue Erfahrungen auf dem Gebiete ziemlich gleichgültig aufnehmen.

Mißstände bei der Schulreinigung

Wir erhalten folgende Zuschrift: Hierdurch möchte ich einmal auf die Mißstände bei der Schulreinigung und Bezahlung der Schulreinigungsfrauen aufmerksam machen.

Schweres Explosionsunfall in Weihenstephan. In der Lichtenberger Straße in Weihenstephan ereignete sich gestern mittag um 11 Uhr ein Explosionsunfall in der dortigen Knalltorfenecke.

Im Schlaf verbrannt. In einer Laubenzirke an der Finkenbäumchen-Chaussee in Spandau brach gestern abend 11 Uhr in einer Laube Feuer aus.

Verantragungen bei der Dresdener Bank. In den letzten Wochen sind zweimal in der Effektenklasse der Dresdener Bank einige Aktien verschwunden.

Gewerkchaftliches

Eisenbahnarbeiter und Teuerung

In einem großzügigen und mit starkem Beifall aufgenommenen Referat behandelte Genosse Dühmann am Montag in den Ausführenden Ausschüssen in einer Versammlung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Frage der Teuerung.

Durch das Eingreifen des D. M. V. im Eisenwerksrat ist es gelungen, dem Deutschen Reich durch die Beschlässe einer einzelnen Sitzung 750 Millionen durch Herabsetzung der Preise zu ersparen.

In der Diskussion wandten sich verschiedene Redner gegen das Verlangen der Gewerkschaften während der Kriegszeit. Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes wandten sich gegen den Metallarbeiterverband.

Die Beschlüsse des D. M. V. im Eisenwerksrat ist es gelungen, dem Deutschen Reich durch die Beschlässe einer einzelnen Sitzung 750 Millionen durch Herabsetzung der Preise zu ersparen.

Im Schlußwort konnte Genosse Dühmann unter Beifall der Versammlung die Ausführungen der Diskussionsredner widerlegen. Insbesondere wies er darauf hin, daß nicht die Interessen einer kleinen Gruppe ausschlaggebend sein dürfen.

Kommunistische Brechstangenpolitik

Der Verband der Bäder teilt mit: Die Belegschaft der Scholaden- und Zufuhrwarenfirmen Hilbrandt u. Sohn ist seit Freitag von ihrem illegalen, kommunistischen Aktionsausschuss zur Arbeitsverweigerung aufgefordert worden.

Die Folge des obigen Vorgehens ist, daß seit Sonnabend früh die ganze Belegschaft der Firma von der Geschäftsleitung als entlassen erklärt wird bzw. ausgesperrt ist.

Die Gewerkschaftsvertreter sind bemüht, eine Verhandlungsmöglichkeit zu schaffen, um die Weiterbeschäftigung der Belegschaft durchzuführen. Dazu ist es nötig, daß sich die Kollegenhaftigkeit hinter die Gewerkschaftsvertreter stellt.

Die beiden Artikel der „Roten Fahne“ in dieser Sache sitzen von Entstellungen und Lügen, welche in einem Falle der Odmanntier selbst öffentlich zugegeben hat.

Berständigung mit den Bauarbeitern?

Nachdem der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, daß die Berliner Bauarbeiter den Schiedsspruch des Bezirkslohn-amts abgelehnt haben, hat sich das Reichsarbeitsministerium bemüht, noch einmal den Versuch zu machen.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 6 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Parteiveranstaltungen

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

Die Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Beratungszimmer, Breite Str. 35, 1 Tr., statt.

KVG Kleider-Vertrieb G.m.b.H.

Herrenanzüge gute Verarbeitung 610.- 590.- 525.- 450.- 350.- 315.- 225.-	Damenmäntel von 237,50 290.- 345.- 369,50 375.- bis 1300.-	Herrenhemden neu 39,50 32.-
Herrenanzüge Ersatz für Maß 1050.-	Mädchenkleider von 55.- 85.- 24,50 bis 136,50	Herrenunterhosen neu 28.- 24,50
1037,50 845,50 820.- 786.- 725.- 685.- 625.- 620,50	Mädchenmäntel von 188,75 bis 420.- je nach Größen	Herrenunterhosen alt 10.- 5.-
Herrenhosen gestreift 205,25	Herrenstiefel 320.- 250.- 225.- 175.- 150.- 125.- 105.-	Herrengarnituren vorzügliche Ware 82.-
Herrenhosen feldgrau und schwarz 140.-	Damenstiefel 340.- 275.- 268.- 175.-	Fusslappen 3.-
Herrenpaletots . . 1450.- 1250.- 1050.- 980.- 850.- 750.- 450.- 350.-		Damenhemden 56.-
Burschenanzüge 653,15 560.- 498.- 385.- 365.-		Damenbeinkleider 36.-
Burschenhosen 85.-		Damenschlüpfer 48.-
Burschenpaletots 735.- 280.-		Damenuntertaillen aus guten Stoffen mit Stickerei 19,50 20,50 23.-
Herrensocken 13.- 9,50 8,50 7,50 3,75		Knabenhosen aus Militärstoff 12,50
Damenstrümpfe 10,50 8,75 6.-		Monteuranzüge 93,50
Kinderstrümpfe schwarz, je nach Alter von 8,95 bis 23,90		Herrengummimäntel 736.-
Kinderstrümpfe grau, je nach Alter . . . von 2,30 bis 2,95		Damengummimäntel 717.-

Eröffnung der neuen Verkaufsstelle

Neukölln, Berliner Straße 47-48, Ecke Boddinstraße, am Donnerstag, den 1. Dezember 1921